Vereinfachte Verordnung von Cannabinoiden

Kostenübernahme für Cannabis gesichert

Die Deutsche Schmerzliga e. V. und die Deutsche Gesellschaft für Schmerzmedizin e. V. begrüßen die am 19. Januar 2017 erfolgte einstimmige Verabschiedung des Gesetzes zum Einsatz von Cannabis als Medizin im Deutschen Bundestag. Danach können künftig schwerkranke Patienten zulasten der Gesetzlichen Krankenversicherung mit Cannabis-Arzneimitteln versorgt werden.

Seit Januar 2017 wird durch das Gesetz zum Einsatz von Cannabis in der Medizin nicht nur das Verschreiben, sondern auch die Kostenübernahme vereinfacht.

© megaflopp / Fotolia

Mit dem nun vorliegenden Gesetz wird nicht nur eine Vereinfachung der Verordnung von Cannabis als Medizin möglich, sondern in vielen Fällen auch die Kostenübernahme durch die Krankenkassen gesichert. So dürfen Krankenkassen die Erstattung der mit der Verordnung von Cannabis-haltigen Arzneien verbundenen Kosten nur in begründeten Ausnahmefällen verweigern und werden gleichzeitig verpflichtet, die Entscheidung über die Kostenübernahme binnen fünf Wochen (bei Patienten im Rahmen der SAPV binnen drei Tagen) ab Antragstellung zu treffen.

„Hiermit fällt voraussichtlich ab März 2017 für viele Menschen mit chronischen therapieschwierigen Schmerzen die entscheidende Hürde für den medi-

zinischen Einsatz von Cannabis-haltigen Arzneien und wir dürfen hoffen, dass mit dieser fraktionsübergreifend getroffenen Entscheidung des Deutschen Bundestages sowohl das frustrierende Warten auf einen Entscheid über die Kostenübernahme als auch die hohe Zahl an ablehnenden Bescheiden endlich ein Ende hat“, fasst PD Dr. Michael A. Überall, Präsident der Deutschen Schmerzliga e.V. (DSL) und Vizepräsident der Deutschen Gesellschaft für Schmerzmedizin e.V. (DGS), seine Erwartungen bezüglich der positiven Auswirkungen dieses Gesetzes zusammen.

„Erfreulich ist auch“, erklärt Überall weiter, „dass die im Rahmen der Anhörungen im Gesundheitsausschuss sowie in zahlreichen schriftlichen Stellungnahmen seitens Patienten- und Ärztvor-

organisationen formulierten Änderungsempfehlungen von den Fraktionen der Regierungskoalition aufgenommen und in dem nun verabschiedeten Gesetzestext zum größten Teil auch wirklich umgesetzt wurden. Diese positive Erfahrung und der konstruktive Dialog lassen hoffen, dass wir auch bezüglich anderer Anliegen chronisch schmerzkranker Menschen mit den verantwortlichen Gesundheitspolitikern ins Gespräch kommen und gemeinsam patientenorientierte Lösungen entwickeln können.“

Nicole Zeuner, Köln

Kommentar

Viele Patienten, Angehörige und Ärzte in Deutschland fragen sich derzeit: Wie wird de-facto die Umsetzung des aktuell verabschiedeten Gesetzes erfolgen? Wie viele Haare werden die Mitarbeiter des medizinischen Dienstes in der Suppe finden, die ihnen als Anlass dienen die Kostenübernahme durch die Krankenkassen zu verweigern. Angesichts der bislang extrem restriktiven Bewilligungspraxis befürchten nicht wenige, dass hier aus Sicht des Medizinischen Dienst der Krankenversicherung in all den Haaren kaum Suppe gefunden wird, mit der sich das Problem der schmerzmedizinischen Unterversorgung durch wirksame Therapien befriedigen lässt. Die nächsten Monate werden zeigen, was Fakt und was Fiktion ist. Die Deutsche Schmerzliga fordert deshalb alle Betroffenen auf, ihre Erfahrungen zeitnah per E-Mail an die Adresse cannabisalsmedizin@schmerzliga.de zu berichten, um die (leider) zu erwartenden Fehlentwicklungen rechtzeitig dokumentieren zu können.

Dr. med. Michael A. Überall, Nürnberg